

# „Politisches Totaldesaster“

## Petersen-Debatte: Entscheid fraglich und zu früh – Neue Befunde und Grenzwertes

Von Frank Döbert

**Jena.** Der Kulturausschuss der Stadt will heute die Petersen-Debatte mit einem Beschluss über die Beibehaltung oder Umbenennung des Petersen-Platzes abschließen. Doch steht dem am heutigen Entscheidung wohl einiges entgegen.

Bis vor wenigen Tagen sollte dazu nichtöffentlich beraten werden. Vorsitzender Dr. Jörg Vogel (SPD) erklärte dann letzte Woche, sich beim Rechtsamt kundig zu machen, um keinen Formfehler zu begehen. Scheinbar gab es Bedarf zur Nachbesserung. Jetzt gibt es in der neuen öffentlichen Sitzung auf Punkt 1 die Beschlussfassung Petersen. Auf Nachfrage erklärte Dr. Vogel gestern, dass im nichtöffentlichen Teil ein anderes Thema beraten werde. Was offensichtlich nicht ganz stimmt. Wie Ausschussmitglied Dr. Beate Jonscher (Linke) auf Nachfrage erklärte, soll es nichtöffentlich um die weitere Verfahrensweise gehen, öffentlich dann um den Beschluss. Hinter verschlossenen Türen zu verhandeln – dafür sehen die Linken jedoch keinen Grund. Sie stellen in Frage, ob eine nichtöffentliche Verhandlung zu dem Thema statthaft sei. In einer diesbezüglichen Anfrage an den Fachdienst Recht der Stadtverwaltung heben Dr. Beate Jonscher, Dr. Karin Kaschuba und Mike Niederstraßer darauf ab, dass die gewählte Verfahrensweise



**Peter Petersen: Die Forschung geht weiter.** (Foto: Archiv)

begründungsbedürftig sei unter Berücksichtigung des Öffentlichkeitsgebotes laut Geschäftsordnung Stadtrat, die auch für Ausschüsse gelte, und der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Lediglich das „Wohl der Allgemeinheit“ könne einen Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. Die Verletzung des Öffentlichkeitsgebotes auch in der Debatte könne bereits ein erheblicher Verfahrensfehler sein.

Jedoch werde die Zulässigkeit der Entscheidung weiterhin dadurch in Frage gestellt, da der Ortsteilrat noch nicht Stellung bezog (ebenfalls laut ThürKO), und zu fragen sei, ob dieser überhaupt geladen ist. Insofern sei eine Entscheidung des Ausschusses u.U. verfrüht.

Unterdessen erinnern Dr. Gisela Horn und Dr. Wolfgang Rug im Namen des Arbeitskreises „Sprechende Vergangenheit“ in einem neuerlichen

Offenen Brief an den OB und den Ausschuss an ihren Vorschlag, „wegen der nicht klein zu redenden NS-Belastung Petersens“ eine Umbenennung in „Platz der Erinnerung“ vorzunehmen. Seither habe sich die Diskussion um die Beurteilung Petersens dramatisch verschärft. „Wer annimmt, ...eine ehrende Platzbenennung für die Zukunft aufrecht erhalten (zu können), unterliegt einem groben Irrtum“, schreiben sie. Übereilt zu entscheiden, wäre „grob fahrlässig und könnte Stadt und Universität Jena in eine absolut blamable Position bringen“, betonen sie.

Dass sich auch künftig neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Petersen ergeben werden, davon geht Prof. Uwe Hofffeld aus. Wenn z. B. Dr. Rüdiger Stutz festgestellt haben will, dass nicht Peter Petersen am Gesprächskreis des SS-Sturmbannführers Lothar Stengel

von Rutkowski an der Jenaer Uni teilgenommen habe, sondern Asmus Petersen, könne das nicht unberücksichtigt bleiben. Da er (Hofffeld) aber selbst, die maßgeblichen Hinweise auf Peter Petersen in dem Tagebuch des Jenaer Biologie-Prof. Gerhard Heberer gefunden habe, der gemeinsam mit Peter Petersen Vorlesungen im KZ Buchenwald hielt (und nicht mit Asmus Petersen), privat auch bei dem Pädagogen verkehrte, sei er sehr gespannt auf die Befunde. „Das ist eben Wissenschaft“, sagte er. Befremdet zeigte er sich darüber, dass der Ausschuss die von ihm vorgeschlagene Maske zur Beurteilung der NS-Belastung von Wissenschaftlern „völlig ignoriert“ habe.

Dr. Torsten Schwan, Osna-brück, konstatiert derweil dem Petersen-Forscher Prof. Hein Retter ein „wissenschaftliches und politisches Totaldesaster“. Bezüglich der Eigenbewertung des Petersen-„Workshops“ durch die Tagungsleitung grenze der Teil über das KZ Buchenwald und die norwegischen Studenten, so Dr. Benjamin Ortmeyer, Frakfurt/Main, nach an den Straftatbestand der „Volksverhetzung“, wenn dort von „möglicherweise humanitären Motiven“ geredet werde, „Internierten mit Kriegsgefangenen-Staus“ usw. Es habe sich um völkerrechtswidrig verschleppte norwegische Studenten gehandelt.

**Kommentar**